



Europa-Info-Mail

für das Münsterland . Juni 2007

Dr. Markus Pieper, MdEP



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

Europa wird einen neuen Grundlagenvertrag bekommen. Das ist ein gutes Ergebnis der Ratspräsidentschaft unter Führung von Angela Merkel. Für eine Reihe von Themen konnte das Abstimmungsverfahren vereinfacht und das Mitentscheidungsrecht des Parlaments gestärkt werden.

Sorgen bereitet mir die Art der Verhandlungsführung durch einige Staats- und Regierungschefs. Zunehmend setzen sich hier nationale Egoisten durch, die in einer Vielzahl von Veto- und Ausstiegsmöglichkeiten ihren Niederschlag finden. Droht jetzt das Europa der zwei Geschwindigkeiten? Mehr dazu im Thema des Monats.

Mit freundlichen Grüßen

Markus Pieper, MdEP

Besuchen Sie meine **Internetpräsenz:**
www.markus-pieper.eu

Dr. Markus Pieper, MdEP

Europäisches Parlament . Rue Wiertz, ASP 15 E 217 . B-1047 Brüssel

Telefon +32-2-284.53.05 . Fax +32-2-284.93.05

markus.pieper@europarl.europa.eu . www.markus-pieper.eu

Europa-Info-Mail

für das Münsterland . Juni 2007

Dr. Markus Pieper, MdEP



Inhaltsverzeichnis (1)

Thema des Monats	<i>Seite 4</i>
Aus den europäischen Institutionen	<i>Seite 5</i>
_ Europaparlament setzt Sonderausschuss Klimawandel ein	<i>Seite 5</i>
_ EU-Agenturen	<i>Seite 5</i>
Landwirtschaft, Umwelt, Verbraucherschutz	<i>Seite 6</i>
_ Bürokratieabbau für Landwirte kommt voran	<i>Seite 6</i>
_ Ablehnung der EU-Bodenschutzrichtlinie vorerst knapp gescheitert	<i>Seite 6</i>
_ Schweinepest wirksam bekämpfen	<i>Seite 6</i>
_ EU-Chemikalienverordnung REACH in Kraft getreten	<i>Seite 7</i>
_ Roaming-Verordnung bringt Vorteile für Verbraucher	<i>Seite 7</i>
_ Kampf gegen Übergewicht	<i>Seite 7</i>
_ Europäisches Parlament billigt EU-Spirituosenverordnung	<i>Seite 8</i>
Wirtschaft, Energie und Verkehr	<i>Seite 9</i>
_ ÖPNV-Verordnung neu gefasst	<i>Seite 9</i>
_ Vereinheitlichung des Kfz-Zulassungsverfahrens	<i>Seite 9</i>
_ Schärfere Sicherheitsauflagen für Speditionen und Busunternehmer	<i>Seite 9</i>
_ Wirtschaftsportal für KMU	<i>Seite 9</i>
_ TEN-Programm	<i>Seite 10</i>
_ Europaparlamentbürdet Betriebsrenten hohe Kosten auf	<i>Seite 10</i>
_ Rechtsmittelrichtlinie für Vergaben	<i>Seite 10</i>
EU-Erweiterung	<i>Seite 11</i>
_ Klares EP-Votum für schnellen Beitritt Kroatiens	<i>Seite 11</i>
_ EU-Strukturpolitik: Ein neues Angebot an die Türkei	<i>Seite 11</i>
_ Türkei-Verhandlungen: Frankreich blockiert	<i>Seite 11</i>

Europa-Info-Mail

für das Münsterland . Juni 2007

Dr. Markus Pieper, MdEP



CDU

Inhaltsverzeichnis (2)

Kommunales

– Projekte zur Kriminalprävention	Seite 12
– Leipzig-Charta	Seite 12
– Leitfaden zur nachhaltigen Stadt	Seite 12
– Sportunterricht an den Schulen	Seite 13

Förderung und Termine

– Lebenslanges Lernen	Seite 14
– Einigung über LIFE+	Seite 14
– KULTUR-Programm und Europa für Bürgerinnen und Bürger	Seite 14
– Förderung von Kooperationen mit Rumänien	Seite 14

Regionales

– Arbeit für das Münsterland	Seite 15
– Zu Besuch in Straßburg und Brüssel	Seite 15

Zu guter Letzt ...

– Bürgerbeauftragter legt seinen Jahresbericht vor	Seite 16
--	----------

Thema des Monats

Neuer Verfassungsvertrag: Europa der zwei Geschwindigkeiten?

Europa wird einen neuen Grundlagenvertrag bekommen. Das ist ein gutes Ergebnis der Ratspräsidentschaft unter Führung von Angela Merkel. Für eine Reihe von Themen konnte das Abstimmungsverfahren vereinfacht und das Mitentscheidungsrecht des Parlaments gestärkt werden. Auch die Regionen sind durch die neue Vertragsgrundlage gestärkt, etwa was die Eigenständigkeit der kommunalen Daseinsvorsorge anbelangt.

Trotz des Fortschritts: Sorgen bereitet mir die Art der Verhandlungsführung durch einige Staats- und Regierungschefs. Zunehmend setzen sich hier nationale Egoisten durch, die leider in einer Vielzahl von Veto- und Ausstiegsmöglichkeiten ihren Niederschlag finden. So steuert die Gemeinschaft in ein Europa der zwei Geschwindigkeiten. Denn die Koalition der Willigen wird sich nicht aufhalten lassen. Sie werden das Vertragswerk der EU oder weitere zwischenstaatliche Verträge nutzen, um stärker zu kooperieren. Sei es in der Sozialpolitik oder für Bereiche der inneren Sicherheit. Die anderen wollen sich auf den kleinsten gemeinsamen Nenner beschränken. Für Großbritannien, aber auch für Irland und Polen ist die EU nicht mehr als eine Freihandelszone, in der auch Umwelt- und Verbraucherschutz geregelt und eine gemeinsamen Außenpolitik koordiniert wird.

So sehr wir uns über die Polen und die Briten ärgern. Es ging auch zu schnell mit der Erweiterung und immer neuen Beitrittsverhandlungen. Es ging zu schnell mit dem Anwachsen europäischer Zuständigkeiten. Europa soll wachsen und sich politisch integrieren, muss aber die Regionen und ihre Menschen dabei mitnehmen. Das ist noch zu wenig geschehen. Die sich jetzt abzeichnenden zwei Geschwindigkeiten sind in dieser Lage nicht der schlechteste Weg. Es macht für viele Themen Sinn, sich zunächst in kleinen Kreisen anzunähern als gleich die europäische Superzuständigkeit einzufordern. Die Zauderer und Blockierer werden letztlich dem gemeinsamen europäischen Weg folgen müssen. Denn auf die Globalisierung gibt es keine andere europäische Antwort als die Europäische Union.

Aus den Europäischen Institutionen

Europaparlament setzt Sonderausschuss Klimawandel ein

Das Europäische Parlament hat Ende Mai einen Sonderausschuss Klimawandel eingesetzt, in dem ich ebenfalls Mitglied bin. Der Ausschuss soll ressortübergreifend Möglichkeiten für eine Reduzierung der Treibhausgasemissionen beleuchten und einen konkreten Maßnahmenkatalog vorschlagen. Dazu sollen namhafte Experten in den Ausschuss eingeladen werden. Es ist wichtig, darauf zu achten, dass die Debatte nicht nur einseitig geführt wird, sondern auch wirtschaftliche und "klimakritische" Aspekte eingebracht werden. Die Arbeit des Klimaausschusses wird voraussichtlich 12 Monate dauern.

EU-Agenturen

Insgesamt 34 Agenturen prägen das Bild der EU. Das ist einer detaillierten Bestandsaufnahme zu entnehmen, die im Rahmen der Beantwortung einer kleinen Anfrage das Baden-Württembergische Staatsministerium vorgelegt hat. Danach gibt es 23 Agenturen für den vergemeinschafteten und 6 für den noch nicht vergemeinschafteten Bereich sowie 5 Exekutivagenturen. Die einschlägige Landtagsdrucksache vom 8. März 2007 (14 / 1022) mit der genauen Übersicht zu den Aufgaben der Agenturen kann abgerufen werden unter http://www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/1000/14_1022_d.pdf

Bürokratieabbau für Landwirte kommt voran

Ende Mai legte die Europäische Kommission Verbesserungsvorschläge vor, um den Bürokratieabbau in der Landwirtschaft voranzutreiben, was prinzipiell zu begrüßen ist. Doch reichen die Vorschläge mir und meinen CDU/CSU-Kollegen aus dem Landwirtschaftsausschuss noch nicht aus. Deshalb habe ich die zuständige EU-Kommissarin Fischer-Boel aufgefordert, Bagatellgrenzen und Stichprobenkontrollen einzuführen anstatt die bisherigen flächendeckenden Überprüfungsverfahren aufrecht zu erhalten. Außerdem sollte den Behörden vor Ort ein größerer Ermessensspielraum eingeräumt werden, um beispielsweise bei ersichtlichen Versehen von rechtlichen Sanktionen absehen zu können.

Ablehnung der EU-Bodenschutzrichtlinie vorerst knapp gescheitert

Der Agrarausschuss des Europäischen Parlaments, in dem ich stellvertretendes Mitglied bin, hat dem Vorschlag der Europäischen Kommission für eine neue Bodenschutzrichtlinie nur knapp zugestimmt. 16 von 36 Abgeordneten folgten mir als Berichterstatter und lehnten die Richtlinie ab. Ich kritisiere hauptsächlich, dass die Pläne der Kommission dem Subsidiaritätsgedanken widersprechen und dadurch neue Bürokratie entstehen würde. Der Bodenschutz ist und bleibt nationale Angelegenheit und muss auf dieser Ebene stärker angegangen werden. Die Europäische Union soll hier eine moderierende Funktion einnehmen und für einen Wissenstransfer von Staaten mit vorbildlicher Bodenschutzgesetzgebung, wie z. B. Deutschland, sorgen. Im Umweltausschuss wird über die Richtlinie voraussichtlich im Oktober abgestimmt, im Plenum des Europäischen Parlaments dann im November.

Schweinepest wirksam bekämpfen

In einem von mir initiierten Arbeitsgespräch mit EU-Gesundheitskommissar Markus Kyprianou, NRW-Umweltminister Eckhard Uhlenberg und dem Präsidenten des westfälisch-lippischen Bauernverbands Franz-Josef Möllers konnten wir uns darauf verständigen, die europäischen, nationalen und regionalen Maßnahmen zur Bekämpfung der Schweinepest künftig besser zu koordinieren. Außerdem soll die Tötung der Tiere auf ein Minimum begrenzt werden. Dafür soll das so genannte "Freitesten" Anwendung finden. In Zukunft sollen so genannte Notfall-Teams zur Seuchenbekämpfung eingesetzt werden, denen auch Länder-Sachverständige angehören, die Vor-Ort-Kenntnisse einbringen sollen. Jetzt ist es Sache der EU-Kommission, möglichst schnell weitere konkrete Schritte einzuleiten.

http://www.markus-pieper.eu/02_PolitischeArbeit_01_Parlamentsarbeit.htm#ANFRAGEN

EU-Chemikalienverordnung REACH in Kraft getreten

Am 1. Juni ist die EU-Chemikalienverordnung REACH in Kraft getreten. Die Chemieindustrie steht vor den größten Herausforderungen der letzten Jahrzehnte. Jetzt kommt es darauf an, die neue Stoffpolitik praktikabel auszugestalten, um besonders mittelständische Unternehmen nicht übermäßig zu belasten. Mit der Registrierung und Zulassung der Stoffe ist eine neue EU-Agentur in Helsinki betraut. Mehr Informationen zu der EU-Agentur ECHA:

http://ec.europa.eu/echa/home_de.html

Roaming-Verordnung bringt Vorteile für Verbraucher

Am 23. Mai hat das Europäische Parlament eine EU-Verordnung verabschiedet, nach der Mobilfunkbetreiber gesetzlich zu niedrigeren Gesprächsgebühren im Ausland verpflichtet werden. Der so genannte "Euro-Tarif" sieht eine Obergrenze sowohl für im Ausland getätigte als auch für empfangene Telefonate vor. Die Verordnung muss 4 Wochen nach Veröffentlichung im Amtsblatt Ende Juni in Kraft treten, so dass die Verbraucher erfreulicherweise noch in der Sommerpause in den Genuss von günstigeren Tarifen kommen werden.

Kampf gegen Übergewicht

Die EU hat der falschen Ernährung den Kampf angesagt. Ernährungsfehler und Mangel an körperlicher Bewegung sind für sechs der sieben wichtigsten Krankheitsrisikofaktoren (z. B. Herzkrankheiten, Diabetes, Bluthochdruck, Schlaganfall, bestimmte Krebserkrankungen) in Europa verantwortlich. In der Mehrheit der Mitgliedsstaaten sind über 50 % der erwachsenen Bevölkerung übergewichtig, Deutschland ist dabei in der EU führend. Darüber hinaus leiden Schätzungen zufolge 21.748.312 Kinder in der EU an Übergewicht, und jährlich kommen 400.000 neu hinzu. Nun hat die Kommission mit einem Weißbuch über Ernährung zu EU-weiten Anstrengungen im Kampf gegen Übergewicht aufgerufen. Die Europäer sollen außerdem ermuntert werden, sich mehr zu bewegen und sportlich aktiv zu werden. Einzelheiten unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/720&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Das Weißbuch „Ernährung, Übergewicht, Adipositas: Eine Strategie für Europa“ vom 30. Mai 2007 ist veröffentlicht unter

http://ec.europa.eu/health/ph_determinants/life_style/nutrition/documents/nutrition_wp_de.pdf

Europäisches Parlament billigt neue EU-Spirituosenverordnung

Mit der neuen EU-Verordnung über Spirituosen, über die das Europäische Parlament am 19. Juni in Straßburg abgestimmt hat, wurde die gegenwärtige Regelung von 1989 und somit der Flickenteppich nationaler Sonderregelungen abgeschafft. Besonders umstritten war die Definition von Wodka, der nun neben den klassischen Grundstoffen wie Getreide und Kartoffeln auch weiterhin aus anderen landwirtschaftlichen Produkten wie Weintrauben oder Zuckerrüben hergestellt werden darf. Allerdings muss auf dem Etikett darauf hingewiesen werden. Streit gab es anfänglich ebenfalls über den westfälischen Korn. Aber auch der darf weiterhin 32 % Alkoholgehalt haben und sich "Korn" nennen und nicht - wie zunächst gefordert - 35 %.

Wirtschaft, Energie, Verkehr

ÖPNV-Verordnung neu gefasst

Mit der Neufassung der ÖPNV-Verordnung ist ein siebenjähriges Gesetzgebungsverfahren zum Abschluss gekommen. Nach dieser Neuregelung können die Kommunen entscheiden, ob sie ÖPNV-Dienste selbst (als interne Betreiber) erbringen oder (extern) für den Wettbewerb öffnen wollen. Die öffentlichen Monopolbetriebe dürfen als interne Betreiber nicht im freien Wettbewerb in anderen Gebieten mit privaten Unternehmen in Konkurrenz treten. Auch eine Direktvergabe, etwa an kleine und mittlere Unternehmen, soll möglich sein. Einzelheiten unter

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/062-6471-129-05-19-910-20070507IPR06402-09-05-2007-2007-false/default_de.htm

Vereinheitlichung des Kfz-Zulassungsverfahrens

Ziel einer Parlamentsinitiative für eine EU-Typenprüfungsrahmenrichtlinie ist es, das Kfz-Zulassungsverfahren europaweit zu vereinheitlichen. Bislang sind die Zulassungsbestimmungen für Kraftfahrzeuge, Anhänger, Busse, Lastwagen und behindertengerechte Fahrzeuge national geregelt. Durch einheitliche EU-Standards soll nun unter anderem sichergestellt werden, dass die Automobilhersteller alle Informationen allgemein zugänglich machen müssen, damit auch unabhängigen Werkstätten für jedes Fahrzeug Reparaturen und Wartung durchführen können. Weitere Informationen unter

<http://www.cducsu.eu/content/view/3846/4/>

Schärfere Sicherheitsauflagen für Speditionen und Busunternehmer

Die Kommission plant schärfere Sicherheitsauflagen für Spediteure und Busunternehmer. Künftig soll u. a. ein nach 140-stündigen Ausbildung geprüfte Betriebsleiter von jedem der 850.000 Kraftverkehrsunternehmen beschäftigt werden; dieser soll bei schlimmen oder wiederholten Regelverstößen künftig europaweit seine Lizenz für 2 Jahre verlieren. Weitere Einzelheiten unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/697&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Wirtschaftsportal für KMU

Es gibt ein neues EU-Wirtschaftsportal. Die einzelnen Themenbereiche wie „KMU-Finanzierung“, „Binnenmarkt“, „KMU-Beauftragte“ oder „International tätig werden“ sind mit Dokumenten und weiterführenden Links unterlegt. Ansprechpartner vor Ort in den unterschiedlichen Netzwerken sind in der Rubrik europaweite Dienste zu finden, das Portal unter

http://ec.europa.eu/enterprise/sme/index_de.htm

TEN-Programm

Das TEN-Programm ist das bedeutendste europäische Finanzierungsinstrument für Verkehrsinfrastrukturvorhaben. Im Rahmen des Programms werden rund 600 Mio. € im Jahr für den Bau grenzüberschreitender Verkehrswege und die Beseitigung von Engpässen aufgewendet. Der Finanzrahmen für das transeuropäische Verkehrsnetz beläuft sich im Zeitraum 2007 - 2013 auf 8,013 Mrd. €. Zu den besser bekannten Projekten der letzten Zeit gehören die Öresund-Querung und die Hochgeschwindigkeitszugstrecke Paris-Brüssel-Köln-Amsterdam-London

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/651&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Europaparlament bürdet Betriebsrenten hohe Kosten auf

Am 20. Juni stimmte das Europäische Parlament in Straßburg über eine geplante Richtlinie zur Übertragbarkeit von Betriebsrenten ab. Das Ergebnis ist ein schwerer Schlag für das deutsche Betriebsrentensystem. Die jetzt beschlossenen hohen Mindeststandards führen dazu, dass Unternehmen aufgrund der hohen Kosten kaum Interesse daran haben werden, ein Betriebsrentensystem auf- oder auszubauen. Bestehende Systeme, wie z. B. in Deutschland, könnten aufgrund der erwarteten Kostensteigerungen von 30 % eingestellt werden. Das eigentliche Ziel der Richtlinie, die grenzüberschreitende Mobilität von Arbeitnehmern zwischen den Mitgliedstaaten zu stärken, wurde verfehlt. Der zuständige EU-Kommissar Spidla hat angekündigt, einen überarbeiteten Betriebsrenten-Vorschlag zu präsentieren.

Rechtsmittelrichtlinie für Vergaben

Für Vergaben wird es künftig eine gemeinsame Rechtsmittelrichtlinie geben. Der im Vorfeld der Juni-Plenartagung erzielte Kompromiss über die Richtlinie gilt für die Bereiche Bau, Dienstleistungen, Wasser, Energie, Verkehr und Telekommunikation. Danach ist zwischen der Mitteilung über die Zuschlagsentscheidung und dem Vertragsschluss eine Stillhaltefrist von 10 Tagen bei elektronischer Übermittlung und 15 Tagen bei postalischer Übermittlung vorgesehen. Deutschland wird anscheinend die Frist auf 15 Tage für alle Übermittlungsarten anheben. Verträge sollen grundsätzlich unwirksam sein, wenn die Vergabe entgegen den Bestimmungen der Vergaberichtlinien ohne vorherige Veröffentlichung im Amtsblatt der EU erfolgt ist (illegale Direktvergaben).

EU-Erweiterung

Klares EP-Votum für zügigen EU-Beitritt Kroatiens

Bereits Ende April hat sich das Europäische Parlament sehr deutlich für einen zügigen Beitritt Kroatiens in die Europäische Union ausgesprochen. Das Land erfüllt bereits jetzt alle Beitrittskriterien ohne jede Einschränkung. Auch historisch gesehen ist es eine Frage der Gerechtigkeit, Kroatien so schnell wie möglich in die Europäische Union aufzunehmen. Fest steht, dass die Aufnahme Kroatiens die Kapazitäten der EU mit Sicherheit nicht überfordern werden.

EU-Strukturpolitik: Ein neues Angebot an die Türkei

Das Europäische Parlament forderte Ende April, dass Fördergelder für Beitrittskandidaten der EU zukünftig nur dann fließen, wenn politische Fortschritte dies zuließen. Grundlage war mein Bericht zu "Konsequenzen zukünftiger Erweiterungen auf die EU-Regionalpolitik", der mit großer Mehrheit angenommen wurde. Als Alternative zu der derzeitigen ausgleichsorientierten Regionalförderung nennt mein Bericht Stufenkonzepte für Kandidatenländer. Dies bedeutet, dass eine Integration in die strukturpolitischen Fördermechanismen und deren Entscheidungsstrukturen nur im Gleichschritt mit Fortschritten in anderen Politikbereichen möglich ist.

Türkei-Verhandlungen: Frankreich blockiert

Frankreich hat den Beginn von Verhandlungen mit der Türkei zum Thema Wirtschafts- und Währungsunion im Rahmen der EU-Erweiterungsverhandlungen blockiert. Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier werde daher an diesem Dienstag bei Gesprächen mit dem türkischen EU-Chefunterhändler Ali Babacan lediglich den Beginn von Beitrittsverhandlungen in den beiden Bereichen Statistik und Finanzkontrolle mitteilen können, sagten Diplomaten in Brüssel. Der neue französische Präsident Nicolas Sarkozy lehnt einen EU-Beitritt der Türkei ab und sieht für die Türkei in der EU "keinen Platz".

Kommunales

Projekte zur Kriminalprävention

Die Europäische Kommission fördert Projekte zur Kriminalprävention und Kriminalitätsbekämpfung. Auch Kommunen können Vorschläge einreichen. Kommunalrelevante Projektthemen sind u. a. Kriminalprävention in den Bereichen häusliche Gewalt, Kriminalität in den Städten, Jugend- und Drogenkriminalität, sowie die Entwicklung wirksamer Strategien und Initiativen zur Verhütung von Radikalisierung und Gewaltbereitschaft besonders unter Jugendlichen. Die Kofinanzierung der EU beträgt bis zu 70 % der förderfähigen Gesamtkosten eines Projekts. Die Mindestfördersumme liegt bei 50.000 Euro. Die Laufzeit der Projekte ist auf höchstens drei Jahre begrenzt. Die Projekte müssen spätestens am 31. Dezember 2007 beginnen, Antragseinreichungsfrist ist der 16. Juli 2007. Ein ausführlicher Leitfaden zur Antragstellung ist in deutscher Sprache abrufbar unter

http://www.ec.europa.eu/justice_home/funding/isecc/doc/awp_isecc_de.pdf

Leipzig-Charta

Die für Stadtentwicklung zuständigen Minister haben sich auf ein Leitbild der Europäischen Stadt verständigt. Mit der Charta von Leipzig soll die Grundlage für eine neue EU-weite Stadtpolitik mit einem integrierten Entwicklungsansatz geschaffen werden. Dazu gehören die Stärkung der Innenstädte und die Beendigung der Zersiedelung, um so den Verkehr, den Energieverbrauch und die Flächennutzung zu reduzieren. Zur Erreichung dieses Ziels sollen die Städte in Zukunft vermehrt bei der EU-Förderpolitik berücksichtigt werden. Des Weiteren haben die Minister die "Territoriale Agenda" veröffentlicht, also Empfehlungen für eine integrierte Raumentwicklungspolitik, um die Potenziale der Regionen und Städte Europas für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum und mehr Beschäftigung zu mobilisieren. Die Leipzig Charta finden Sie unter

http://www.eu2007.de/de/News/download_docs/Mai/0524-AN/075DokumentLeipzigCharta.pdf

Die Territoriale Agenda befindet sich unter

http://www.bmvbs.de/Anlage/original_995372/Territoriale-Agenda-der-EU-Endgueltiger-Entwurf.pdf

Leitfaden zur nachhaltigen Stadt

Die Kommission hat in einem Leitfaden zur nachhaltigen Stadt aufgelegt. Unter dem Titel „Die städtische Dimension der Gemeinschaftspolitik“ werden Initiativen aufgezeigt, die sich direkt und indirekt auf die nachhaltige Entwicklung von Stadtgebieten auswirken. Der Leitfaden ist veröffentlicht unter

http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docgener/guides/urban/index_de.htm#down

Kommunales

Sportunterricht an den Schulen

Die Europäische Kommission wird voraussichtlich Ende Juli ein Weißbuch Sport veröffentlichen, das u. a. Empfehlungen zum Sportunterricht an Schulen beinhalten soll. Grundlage ist ein von der University of Worcester für den parlamentarischen Ausschuss für Kultur und Bildung verfasster Bericht, der sich mit den Sportplänen der europäischen Schulen, mit der Zeitbemessung, dem Status des Unterrichts, inhaltlichen und thematischen Aspekten des Lehrplans und den materiellen und personellen Ressourcen befasst. Es wird auch eine Verpflichtung zum Sportunterricht an Schulen und mindestens zwei (langfristig drei) Stunden Sportunterricht wöchentlich empfohlen. Weitere Einzelheiten unter <http://www.euractiv.com/de/sport/parlament-erwagt-verpflichtenden-sportunterricht-schulen/article-162105>

Förderung und Termine

Lebenslanges Lernen

Rund 7 Milliarden Euro stehen für den Bildungsaustausch in Europa bereit. Das wurde beim Startschuss für das europäische „Programm für lebenslanges Lernen“ bekannt. Als Nachfolger der Programme Sokrates, Leonardo da Vinci und eLearning wird das gesamte Spektrum des Lernens vom Kleinkind- bis zum Rentenalter abgedeckt. EU-Bürger/innen werden bei Studien-, Ausbildungs- und Lehraufenthalten im Ausland unterstützt und die Mobilität zwischen Bildungseinrichtungen in der EU gefördert. Weitere Informationen auf Englisch:

http://ec.europa.eu/education/programmes/newprog/index_en.html

Nähere Informationen und Ausschreibungsverfahren siehe

http://ec.europa.eu/justice_home/funding/2004_2007/support_ngo/doc/support_n_go_call_2006_en.pdf

Einigung über LIFE+

Das Europäische Parlament und der Rat haben sich im Vermittlungsausschuss über Life+ geeinigt. Danach beläuft sich das Gesamtbudget für den Zeitraum 2007-2013 auf 1,894 Mrd. €. 78 % des Budgets stehen für direkte Projektförderungen den Mitgliedsstaaten selbst zur Verfügung, wobei der Kommission die Auswahl der zu fördernden Projekte obliegt. Die verbleibenden 22 % werden von der Kommission für Querschnittsaufgaben (Folgenabschätzungen, Kommunikation etc.) verwendet. Life+ gliedert sich in die Programmbereiche „Natur und biologische Vielfalt“ (mindestens 50 % der direkten Förderungen), „Umweltpolitik und gute Verwaltungspraxis“ sowie „Information und Kommunikation“. Einzelheiten unter

<http://ec.europa.eu/environment/life/news/futureoflife.htm>

KULTUR-Programm und Europa für Bürgerinnen und Bürger 2007 - 2013

Die Exekutivagentur für Bildung, Audiovisuelles und Kultur hat die Auswahlresultate der in 2007 geförderten Projekte unter dem Programm KULTUR in den Förderbereichen 1.2.1 Kooperationsmaßnahmen und 1.2.2 Literarische Übersetzungen sowie für die geförderten Projekte des Programms Europa für Bürgerinnen und Bürger bekannt gegeben.

<http://www.ccp-deutschland.de/ccp-projekte.htm>

Förderung von Kooperationen mit Rumänien

Das „CANTEMIR Grants Programme“, durchgeführt vom Romanian Cultural Institute, stellt Fördergelder für rumänische Kulturprojekte mit internationaler Ausrichtung bereit.

<http://www.ccp-deutschland.de/ccp-foerder.htm#bilateraler%20Beziehungen>

Regionales

Arbeit für das Münsterland

Bei meiner Arbeit in Straßburg und Brüssel möchte ich selbstverständlich die Interessen des Münsterlandes stärken. Dazu beispielhaft einige regionale Aktivitäten/Ortstermine der vergangenen Wochen:

- Mittelstandsvereinigung Warendorf, Binnenmarkt, Förderprogramme, Chemikalienpolitik, Dienstleistungsrichtlinie
- Kolpingfamilie + KAB Püsselbüren, Sozialpolitik, Verfassung, christliche Prägung
- Sportakademie Velen, Sportförderung, grenzüberschreitende Entwicklung, Glücksspielmarkt
- Wassersportverein Rheine, polnisch-niederländisch-deutsches Jugendtreffen, Jugendaustausch, Bildungsraum Europa
- Europa-Union, Kreisverband Steinfurt, 50 Jahre Römische Verträge
- Einweihung des Europa-Kreisels in Lotte
- Textilverband- und Bekleidungsverband Nordwestdeutschland, Münster, Energiepolitik, Ursprungskennzeichnung, Chemikalienpolitik
- Evangelischer Arbeitskreis Steinfurt, Wertewandel in der EU, Verfassung, Binnenmarkt, Sozialpolitik
- Partnerschaftstreffen Steinfurt-Reisjen in Reisjen (NL)
- Europa-Info-Stand, Münster, Diskussion mit Schulklassen
- Vorträge/Arbeitsgespräche u. a. bei CDU-Verbänden in Havixbeck, Münster, Münster-Hiltrup, Steinfurt, Warendorf, Ibbenbüren,

Zu Besuch in Straßburg und Brüssel

Folgende Besuchergruppen waren bei mir in den letzten Wochen zu Besuch im Europäischen Parlament in Brüssel bzw. Straßburg:

- Civil Club Münster
- Kreisdekanat Katholische Kirche Kreis Coesfeld
- Frauen-Union Ibbenbüren
- CDU Ratsfraktion Rheine
- Heimatverein Welte
- WestmbH, Kreis Steinfurt
- Schüler des Berufskolleg Warendorf
- Schüler des Canisiusgymnasiums Ahaus
- CDU-Interessierte aus dem Münsterland
- Senioren-Union Emsdetten
- Katholische Arbeitnehmerbewegung Nordmünsterland
- CDU Münster

Bilder der Gruppen finden Sie auf meiner Homepage: www.markus-pieper.eu

Zu guter Letzt ...

Bürgerbeauftragte legt seinen Jahresbericht vor

Nach dem jetzt vom Bürgerbeauftragten vorgelegten Jahresbericht für das Jahr 2006 ist das Hauptziel der Bürgerbeschwerden die Europäische Kommission (387 = 66 %), gefolgt vom Europäischen Amt für Personalauswahl (74 = 13 %), dem Europäischen Parlament (49 = 8 %) und dem Rat (11 = 2 %). Der Jahresbericht 2006 ist abrufbar unter

http://www.ombudsman.europa.eu/report06/pdf/de/short06_de.pdf